

Wochenblatt

für Pulsnik,
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:
1. Illust. Sonntags-
Blatt (wöchentlich),
2. Eine landwirth-
schaftliche Beilage
(monatlich).

Abonnements-Preis:
Bierteljährlich 1 M. 25 Pf.
Auf Wunsch unentgeltliche
Zusendung.

Amts-
des Königl. Amtsgerichts



Blatt
und des Stadtrathes

Pulsnik.

Inserate
sind bis Dienstag u. Freitag,
vorm. 9 Uhr aufzugeben.
Preis für die einseitige Cor-
puszeile (ober deren Raum)
10 Pfennige.

Geschäftsstellen
bei
Herrn Buchdruckereibes. Pabst
in Königsbrück, in den An-
noncen-Bureaus von Gaaß-
stein & Bogler u. „Invaliden-
bank“ in Dresden, Rudolph
Roffe in Leipzig.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben
in Pulsnik.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Häberlein
in Pulsnik.

Mittwoch.

Ne. 11.

8. Februar 1893.

Bekanntmachung, Hundesperre betreffend.

Da der am 26. Januar d. Js. in Großnaundorf verendete, bei der vorgenommenen Untersuchung als tollwuthkrank befundene Hund sich auch in Meißnisch-Pulsnik umhergetrieben hat, so wird hiermit in Gemäßheit der Bestimmungen in § 37 und 38 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1880, die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen betreffend, in Verbindung mit § 25 und 26 der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 9. Mai 1891 auch für den hiesigen Stadtbezirk die Festslegung aller Hunde (Ankettung oder Einsperrung) auf die Dauer von 3 Monaten, nämlich

von jetzt bis mit 26. April d. Js.

sowie die sofortige Tödtung aller derjenigen Hunde und Katzen angeordnet, rüchichtlich welcher der Verdacht vorliegt, daß sie von dem wuthkranken Hunde gebissen worden sind. Der Festslegung gleich zu achten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorb versehenen Hunde an der Leine; das Anlegen des Maulkorbes allein, sowie das Führen der Hunde an der Leine ohne Maulkorb genügt nicht; nur das gleichzeitige Anlegen des Maulkorbes und Führen an der Leine ersetzt die Festslegung.

Ohne polizeiliche Erlaubniß dürfen während der Dauer der Hundesperre Hunde nicht aus dem Stadtbezirk ausgeführt werden. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß dieselben fest angeschirrt mit einem sicheren Maulkorb versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden.

Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung der Herde, von Fleischhunden zum Treiben von Vieh und von Jagdhunden bei der Jagd wird unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs (außerhalb des Jagdreviers) festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorbe versehen an der Leine geführt werden.

Hunde, welche vorstehenden Bestimmungen zuwider innerhalb des Stadtbezirks frei umherlaufend betreffen und dabei weggefangen werden, werden unter Umständen sofort getödtet; außerdem wird der Besitzer des Hundes mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. — oder entsprechender Haft belegt. Bei Vermeidung gleicher Strafe sind die Besitzer von Hunden verpflichtet, vom Eintritt verdächtiger Erscheinungen, welche den Ausbruch der Tollwuth bei ihren Thieren befürchten lassen, oder wenn ihnen ein Hund entweichen oder sonst abhanden kommen sollte, sofort und spätestens binnen 24 Stunden bei dem unterzeichneten Stadtrath Anzeige zu erstatten.

Wissentliche Uebertretungen der vorstehenden angeordneten Vorichts-Maßregeln werden nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Gefängniß bis zu einem Jahr bestraft. Zur Untersuchung und Urtheilung derartiger Fälle ist das betreffende Amtsgericht zuständig.

Schließlich wird das Mitbringen von Hunden in die zum Verkehr des Publikums bestimmten, in der inneren Stadt gelegenen Gast- und Schanklocale bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. — oder entsprechender Haft für die Zukunft verboten.

Pulsnik, den 2. Februar 1893.

Der Stadtrath.
Schubert, Brgmstr.

Deffentliche Tanzmusik zur Fastnacht betreffend.

Die tanzberechtigten Schänkwirthe des Bezirks werden hiermit zur Vermeidung der in § 20 des Tanzregulativs angedrohten Strafe auf genaue Befolgung der Bestimmungen in § 2 des Tanzregulativs vom 22. September 1890 aufmerksam gemacht.

Zu Begegnung von Mißverständnissen wird zu § 2 unter 5 des Tanzregulativs noch besonders hervorgehoben, daß, wenn die Jugend in herkömmlicher Weise am Sonntage vor Fastnacht öffentlich Tanz abgehalten hat, ihr nicht gestattet ist, am Tanze am Fastnachtsdienstage (Männerfastnacht) Theil zu nehmen; ebenso unzulässig ist es, wenn die Jugend etwa am Fastnachts-Dienstage allein tanzt, nachdem sie schon am Sonntage zuvor getanzt hat. Der öfters gebrauchte Vorwand, daß die Verheiratheten auf Abhaltung der Männerfastnacht verzichten und den Saal an die Jugend abgetreten haben, ist unberechtigt.

Insondere aber wird die Befolgung der Bestimmung in § 2, Abs. 3 des Tanzregulativs eingeschärft; die Gemeindevorstände werden angewiesen, Aufsicht zu führen und etwaige Uebertretungen unnachsichtlich zur Bestrafung anzuzeigen.

Ramen z., am 3. Februar 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft
von Erdmannsdorf.

Die Socialdemokratie.

In einer der letzten Reichstagsverhandlungen legte der Führer der Socialdemokraten, Reichstagsabgeordneter Bebel, in einer langen Rede, aber mit wenig neuen Gedanken dar, wie er sich den von ihm erhofften „Zukunftsstaat“ denke. Darauf wurde ihm in der Hauptsache Folgendes erwidert: Abg. v. Stumm (Rp.): Wie soll denn die Produktion und die Konsumtion geregelt, wie sollen die 50 Mill. Menschen in Deutschland ernährt werden? Herr Bebel betrachtet den Großbetrieb als eine Vorstufe für die sozialistische Betriebsform. Eine Genossenschaft, die sich über das ganze Reich erstrecken soll, das ist ein Unfug sondergleichen; eine solche Genossenschaft würde sich nicht leiten lassen. Jeder Staat ist aufgebaut auf Zufriedenheit, während die Socialdemokraten die Zufriedenheit als ein Laster betrachten; aus lauter unzufriedenen Menschen kann aber ein dauerhafter Staat nicht gegründet werden. Mit Unrecht hat der Voredner das Mißglücken von socialdemokratischen Genossenschaften zurückgewiesen. Allerdings sind die Genossenschaften nicht so entlich mit dem Zukunftsstaat. Aber wenn ein Paar hundert Menschen nicht einmal in Ordnung gehalten und geleitet werden können, so ist das ein Beweis dafür, daß Ihnen die Kräfte fehlen zur Organisation. Die Socialdemokraten möchten die Unternehmer nach Afrika transportieren, aber Sie können sie gar nicht entbehren. Die Mehrzahl der socialdemokratischen Abgeordneten besteht ja aus Unternehmern; es sind nur wenige Arbeiter darunter, und ich möchte bezweifeln, daß diese noch wirkliche Handwerker sind. Durch den Terrorismus werden die Massen zusammengehalten und der Terrorismus der socialistischen Partei geht weit über das hinaus, was irgend ein Unternehmer geleistet hat. Welcher Terrorismus wird in Amerika, in England u. s. w. von den ausländigen Arbeitern gegen die nichtausländigen Arbeiter geübt? Der „Zukunftsstaat“ ist einfach ein großes Zuchthaus und weiter nichts. (Heiterkeit rechts.) Die Thaten, welche die Socialdemokraten für die Arbeiter verrichtet haben wollen,

sind nicht vorhanden. Sie haben bei den Wohlfahrtsge-
setzen Anträge eingebracht, aber schließlich immer gegen die
ganzen Gesetze gestimmt; ganz naturgemäß, denn sie wollen
ja keine Wohlfahrt, sondern die Unzufriedenheit. Jede
Wohlfahrtsanleihe wird ja als eine Sklaverei für die
Arbeiter bezeichnet, sogar in die Wohnungen, die der Arbeit-
geber zur Verfügung stellt, sollen die Arbeiter nicht ein-
ziehen. Wenn die Regierung etwas thut, um die Arbeits-
gelegenheit zu vermehren, so z. B. bei der Korvette R, so
stimmen die Socialdemokraten dagegen. Die Arbeitslosig-
keit ist doch hauptsächlich dadurch entstanden, daß unser
Export zurückgegangen ist, weil wir zu theuer arbeiten.
Die Arbeitszeit von 8 Stunden bei gleichem Lohne würde
über die Zustände und über die Hilfe, die ihnen gebracht
werden kann. (Zustimmung rechts.) Abg. Bachem (Z.):
Es sind erhebliche Fortschritte gemacht gerade gegen den
Widerstand der Socialdemokratie, Kranken-, Unfall- und
Invalidenversicherung und der Arbeiterschutz sind von der
Socialdemokratie verworfen worden. Das möge der deutsche
Arbeiter sich klar machen; die älteren Arbeiter werden sich
nicht hinter das Licht führen lassen. Herrn Liebknecht habe
ich nicht vorgeworfen, daß er 7200 M. Gehalt bezieht.
Ich habe nur darauf hingewiesen, daß es in der socialde-
mokratischen Partei Leute giebt, die das nicht billigen, und
ich habe darauf hingedeutet, wenn Sie nicht einmal den
ersten Führer vor solchem Reide bewahren können, wie
wollen Sie dies erst in einem socialdemokratischen Staate
durchsetzen? Herr Bebel will von einem Zukunftsstaate
überhaupt nichts wissen. Vor wenigen Jahren war er
anderer Meinung. Er schrieb in der Schrift: „Unsere
Ziele“, daß es im Kampfe nicht möglich sein werde, die
Gestaltung des Staates festzustellen. Der Grundriß muß
deshalb vorher schon festgestellt werden. (Heiterkeit.) Fürst
Bismarck forderte die Socialdemokraten auf, wenn sie 36
Mann im Reichstag wären, den Zukunftsstaat vorzuführen,
und Herr Bebel erklärte sich damals, 1884, bereit, eine

Darlegung der Produktion und der Distribution zu geben.
Bis heute ist aber nichts davon bekannt geworden. Siegt
die Socialdemokratie, dann wird Herr Bebel Präsident
der Republik und Herr Liebknecht Staatssekretär des In-
nern. (Widerspruch.) Dann werden Sie keinen Plan
haben, ja Herr Bebel setzt auseinander, wir wollen gar
keinen socialdemokratischen Zukunftsstaat (Hört! rechts und
im Centrum). Die Socialdemokraten erkennen keine Au-
torität an des Himmels und auf Erden. Wenn der social-
demokratische Staat eingeführt wird, dann hören alle
Meister auf anzuordnen, alle Zeichner auf zu zeichnen.
Alle Fabriken, alle Betriebe müssen still stehen. Was
soll dann aus dem Volk werden? Sie sind verantwortlich
dafür, Herr Bebel! (Zuruf Bebel's: Sehr gern.) Also
haben Sie doch schon einen Plan, wie Sie ihn in Ihrem
Buch „Unsere Ziele“ verlangt haben. Also heraus damit!
(Große Heiterkeit.) Herr Bebel könnte dann vielleicht zum
Leiter einer Fabrik gewählt werden; das genügt ihm viel-
leicht nicht; er will vielleicht Präsident der Republik wer-
den. (Widerspruch der Socialdemokraten.) Vielleicht ist
aber ein Anderer da, der die Massen besser zu fanatisiren
und zu beschwären versteht. (Widerspruch der Socialde-
mokraten.) Nehmen wir an, Herr Bebel wäre Leiter eines
Bergwerkes mit 3000 Arbeitern. Er würde natürlich die
Directoren, die Obersteiger und Steiger zu Bergleuten de-
gradiren. Dazu sind sie gut genug. Und was soll denn
daraus werden, da wir jetzt schon für die Millionen kaum
genügend Brod haben. Dann wird eine Hungernoth aus-
brechen. (Zuruf Bebel's: Entsetzlich!) Das ist entsetzlich,
aber es ist Wahrheit. Es wird eine Desorganisation der
ganzen Arbeit sich ergeben. Entweder wird sich Alles zur
besseren Arbeit drängen, dann herrscht Anarchie, oder Sie
müssen Jedem seine Arbeit anweisen und dann ist die
Freizügigkeit und die freie Berufswahl beseitigt. (Zustim-
mung rechts und im Centrum.) Schilderungen des Zu-
kunftsstaates finden sich in mehreren Schriften: Wohnung,
Kleidung und Nahrung soll Jeder in beliebigem Maße
finden, und dabei soll die Arbeitszeit nur drei Stun-

